ORA ET LABORA

Bete und Arbeite!

St. Peters Bote.

Ein Familienblatt zur Erbauung und Belehrung

U.I.O.G.D.

Auf daß in Allem Gott verherrlicht werde!

No. 38
26. Jahrgang

Münster, Sask., Donnerstag, den 31. Oktober 1929

Fortlaufende No. 1339

Welt-Rundschau

Kabinettswechsel in Frankreich

Premier in Frankreich — und in mancheinem anderen Lande — zu sein, ist keine leichte Aufgabe. Bei der buntscheckigen Zusammensetzung der Parlamente aus den Vertretern so vieler Parteien, die meist nur dieses gemeinsam haben, daß sie sich gegenseitig den Platz am Futtertroge mißgönnen, wird man unwillkürlich an einen hilflosen Hirtenknaben erinnert, dessen Aufgabe es ist, Rinder, Pferde, Schweine, Schafe, Ziegen, Enten und Gänse, alles in einer Herde beisammen, zu weiden. Während er einer Truppe von Tieren nachgeht, wird ihm eine andere entwischen, und während er diese in die Hürde zurücktreiben will, werden die erste und noch andere ausreißen. Zuletzt wird der Hirtenknabe entweder aus Verzweiflung selbst davonlaufen oder sein Herr wird ihn wegen Untauglichkeit davonjagen.

Man hätte meinen mögen, Briand, der Beredte, sitze fest im Sattel und könne mit seiner wohltönenden Stimme und seinen süßen Phrasen jegliche Opposition beschwören. Aber er und sein von Poincare ererbtes Kabinett hatten keine feste Mehrheit im Parlament. Die Parteien, auf die er sich für gewöhnlich stützen konnte, waren in der Minderheit, und wenn andere Parteien es von Fall zu Fall mit ihm hielten, so war das meist nicht aus Liebe zu ihm und seiner Sache, sondern aus größerer Abneigung gegen eine andere Partei, die gerade der Regierung Opposition leistete. Bei einer solchen Lage der Dinge handelt es sich dann bloß darum, eine Frage zu finden, auf der sich momentan die sonst unter sich feindlichen Brüder gegen die Regierung vereinigen können — und dann gelingt es, diese zu stürzen.

So geschah am 22. Oktober in der französischen Abgeordnetenkammer das Unerwartete. Die Opposition interpellierte die Regierung wegen ihrer Haltung auf der Haager Konferenz rücksichtlich der Fragen der Reparationen und der Räumung des Rheinlandes. Briand war zwar Willens, darauf Rede und Antwort zu geben, doch hielt er die Zeit nicht für opportun und beantragte eine Vertagung der Antwort bis November. Doch sein Antrag wurde niedergestimmt und er zog mit seinem Kabinette den logischen Schluß, er resignierte und das ganze Kabinett mit ihm. Die Opposition kam hauptsächlich von den Radikalen, den Zentristen und Radikalsozialisten mit ihren Führern Edouard Daladier, Louis Marin und Jean Montigny.

Was hatte die Opposition an der Haager Konferenz auszusetzen? Nicht alle hatten dasselbe auszusetzen. Gerade weil die Konferenz vielseitig war und der einen Partei dieses, der anderen jenes mißfiel, so gelang es, die verschiedenen Parteien in ihrer feindseligen Haltung gegen die Konferenz als Ganzem zu vereinigen und die Regierung zu stürzen.

Im Haag hatte Frankreich eine sehr empfindliche Schlappe erlitten. In der zu Paris abgehaltenen Vorkonferenz hatte es das große Wort geführt und nicht nur den Löwenanteil an den deutschen „Reparationen", sondern noch weit mehr für sich ergattert. Die Engländer hatten sich um des lieben Friedens willen durchwegs nachgiebig gezeigt. Im Haag jedoch mußten die Engländer durch ihre Hartnäckigkeit Frankreich einen beträchtlichen Teil des Raubes abzujagen und es außerdem noch durchzusetzen, daß endlich in allem Ernste an die Räumung des Rheinlandes gegangen würde.

Zwar hatte Briand gute Miene zum bösen Spiele gemacht und die Phrase geschmiedet, daß ihm seine Landsleute nicht vergeben würden, wenn er wegen geringfügiger Differenzen das allgemeine Einvernehmen stören würde. So gab er nach — er mußte nachgeben, es war unvermeidlich. Aber Frankreich, das seit dem Kriege bis dahin überall den Ton angegeben hatte, fühlte sich gedemütigt und geschlagen. Dazu kam nachher die Versammlung des Völkerbundes in Genf, wo die Engländer praktisch die im vergangenen Jahre mit Frankreich eingegangene neue Entente kündigten. Dann folgte die enge Annäherung zwischen England und den Ver. Staaten, wohinter Frankreich Gefahr für sich selbst witterte. Es fühlte sich isoliert. All dies forderte ein Opfer, und Briand ward das Opfer der französischen Patrioten.

Doch nicht alle Franzosen verurteilten die Haager Konferenz dafür, daß nicht genug für Frankreich herauskam oder daß es zu bereitwillig auf die Räumung des Rheinlandes einging. Im Gegenteil, sie hatten schon seit längerer Zeit darauf gedrungen, sich sobald als möglich und ohne weitere Bedingungen aus dem Rheinlande zurückziehen und Deutschland mildere Bedingungen hinsichtlich der „Reparationen" zu gewähren. Ein Führer in dieser Richtung war Edouard Daladier, dem auch Frankreichs schließliche Nachgiebigkeit im Haag großenteils zuzuschreiben ist.

Wenn es Daladier, der sich zur Bildung eines neuen Kabinettes bereit erklärte, gelingt, die Regierung zu übernehmen und für längere Zeit zu behaupten, so mag vielleicht die Versöhnungspolitik raschere Fortschritte machen. Auf ein langes Leben der neuen Regierung ist jedoch kaum zu rechnen. Denn die Zahl jener Patrioten, die Deutschlands Aufstieg in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht für ewig unmöglich machen wollen, ist noch immer außerordentlich groß, und sie werden nicht ruhen, bis auch Daladier als Opfer des französischen Patriotismus gefallen sein wird.

Krach an der New Yorker Aktienbörse

Heutzutage, im hochzivilisierten 20. Jahrhundert, kommen so ordinäre Straßenraube, wie sie einst von Raubrittern und später von noch niedrigerem Gesindel ausgeübt wurden, nicht mehr leicht vor. Auch sucht man hiezu keine in dunklen Wäldern oder auf abgelegenen Gebirgspfaden gelegenen Orte mehr auf. Heutzutage raubt man die Menschen bei hellichtem Tage aus, häufig auf den offenen Straßen in dichtbevölkerten Städten, und man geht da selten mehr zu Fuß oder reitet auf einem schwerfälligen Pferde, wie im finstern Mittelalter, sondern benützt ein elegantes Automobil. Ist das nicht Fortschritt? Ja, dem Einflusse des Fortschritts kann sich halt niemand entziehen.

Auch gibt es heutzutage nicht mehr, wie einst zurzeit der Hunnen oder der alten Ungarn oder der Normannen oder der Türken, regelmäßige, jährlich oder doch in bestimmten Zeitabschnitten sich wiederholende barbarische Einfälle in benachbarte Länder. Das könnte höchstens noch im dunkelsten Afrika passieren. Den Abschluß dieser Raubzüge bildeten die „Feldzüge" Ludwigs XIV. von Frankreich in die deutschen Gebiete von Elsaß und Lothringen im 17. Jahrhundert — mitten im Frieden und ohne Kriegserklärung — wodurch diese schönen deutschen Landstriche erobert und an Frankreich annektiert wurden. Seitdem haben zwar die Deutschen dieselben für kurze Zeit wieder zurückerobert; letzteres „Unrecht" wurde aber nach dem Weltkriege wieder gutgemacht und Elsaß-Lothringen kehrte abermals zum „Mutterlande" zurück. Daß es nun für ewige Zeiten dabei verbleiben soll, das hat Deutschland in Locarno feierlich beschworen.

Also solche Raubzüge gibt es heutzutage nicht mehr. Der Ruhreinfall durch die Franzosen im Jahre 1923 ist bloß eine scheinbare Ausnahme. Derselbe läßt sich mit nichts anderem in der Weltgeschichte unter einer Rubrik klassifizieren, er steht als eine einzige Tatsache für sich allein da; einen geeigneten Namen, unter dem er in der Geschichte weiterleben wird, hat man noch nicht gefunden; einen solchen zu finden, bietet eben zu große Schwierigkeiten.

Ist das Zeitalter der ordinären Straßenraube und der barbarischen Einfälle vorüber, so ist damit nicht gesagt, daß heutzutage die Sünden gegen das siebente und zehnte Gebot Gottes ausgestorben seien. Ganz im Gegenteil. Die Ungerechtigkeit und Habsucht und das Verlangen nach des Nächsten Gut war wohl noch nie so riesengroß wie gerade in unserem Zeitalter. Nur hat man, wie schon bemerkt, heutzutage ganz andere, der modernen Zivilisation entsprechende Mittel, sich in den Besitz fremden Gutes zu setzen. Diese Mittel sehen vielfach humaner aus als die früheren, sind aber auch umso wirksamer. Und während man früher die gewaltsamen Angriffe auch mit Gewalt abwehren konnte, stehen die Opfer den heutigen Angriffen meist wehrlos gegenüber.

Das wirksamste aller Mittel zur Ausraubung des Nächsten ist die moderne Börse. Wie eine gefährliche Geschwulst an edeln Körperteilen, hat sich die Börse in allen Ländern festgesetzt und saugt ihnen das Blut, den Wohlstand ab. Wie es Geschwülste gibt, an die sich kein Arzt mit seinem Messer heranwagt, weil ein Aufschneiden derselben vermutlich sicheren Tod bedeuten würde, so wagt auch kein Kaiser oder König, kein Präsident oder Parlament mehr, der Börse ans Leben zu gehen. Man hat überall Furcht vor der Börse, weil der ganze Mammonismus der Welt dahintersteckt. Gegen die Börse helfen die kleinen Mittelchen nicht, die man in den Gesetzgebungen verschiedener Länder von Zeit zu Zeit angewandt hat. Oftmals vergrößern solche nur das Uebel. Gegen die Börse würde nur eine Radikalkur helfen, d. h. völliges Ausschneiden, absolute Abschaffung. Aber wehe dem Lande, das einzeln ein solches Wagnis unternehmen würde, und wäre es auch England oder die Ver. Staaten! Der Mammonismus würde nicht ruhen, bis es total bankerott und aller Mittel zur finanziellen Erholung beraubt wäre — und scheinbar steht das heutzutage in der Macht des Mammonismus. Die Ausrottung der Börse könnte nur durch ein einmütiges, gleichzeitiges und gleichförmiges Zusammenarbeiten aller Völker gelingen. Das wäre eine Aufgabe für den Völkerbund! Aber — der Völkerbund hat zu viele andere Dinge zu besorgen; außerdem sitzen zu viele Vertreter des Mammonismus im Völkerbunde selbst, auch der Völkerbund ist in der Gewalt des Mammonismus.

Panik war für einige Wochen das Losungswort an der New Yorker Börse. Ein Kryssturz folgte dem anderen. Fast alle Aktien und Wertpapiere, die gekauft und verkauft werden, wurden davon betroffen. Selbst Papiere, die sonst als absolut sicher galten, fielen so rasch, daß jeder sich so schnell als möglich derselben entledigen wollte, wenn auch mit großen Verlusten. Die Besitzer wollten lieber mit wenigem zufrieden sein als alles verlieren. Auf den ersten großen Krach folgte dann eine Ruhepause von zwei Wochen. Und merkwürdig, das Vertrauen stieg sofort wieder. Viele, die in der ersten Panik ihre Papiere um Schleuderpreise verhandelt hatten, konnten dieselben oder andere um höheren Preis wieder ein. Dann kam am 23.

(Fortsetzung auf Seite 4)

Das Versagen der deutschen Regierung im Kampf ums Recht

Zum Thema: Reparationen und deutsche Politik

Von Rechtsanwalt Dr. Arnim Schlegl (Regensburg).

(Schönere Zukunft", 14 April 1929)

(Schluß)

Nicht berücksichtigt sind dabei, immer noch neutralen oder englisch-amerikanischen Schätzungen, 9 weitere Milliarden für militärische und industrielle Zerstörungen, die Deutschland nach dem Friedensvertrag vornehmen mußte, 3 Milliarden für abgelieferte Kriegsschiffe, der nichtmilitärische Rückfall an Frontteilen und unsere Besatzungskosten, und vor allem nicht 126 Milliarden Wert der deutschen Kolonien nach englischen Schätzungen. Denn bei den deutschen Kolonien zeigt sich gerade die Doppelzüngigkeit und Heuchelei des Versailler Vertrages; die Kolonien sind von unseren Gegnern nicht „annektiert", das verbieten nämlich ausdrücklich die 14 Punkte Wilson's und der Vorfriedensvertrag — so daß also auch Deutschland keine Entschädigung dafür erhielt; aber auf der anderen Seite wurden die Kolonien trotzdem Deutschland weggenommen und als „Mandate" den Siegern übertragen. Und nicht berücksichtigt sind schließlich alle die in die Milliarden gehenden, nahezu unmeßbaren Verluste Deutschlands an abgetretenen Gebieten in Europa selbst.

Bei Anrechnung des Wertes der geraubten Kolonien allein schon überschreiten also die deutschen Leistungen längst auch die geforderten 132 Milliarden; sie erreichen unter Berücksichtigung auch der anderen Posten nach unparteiischen Schätzungen die Summe von gut 200 Milliarden, die größtenteils den Gläubigerstaaten an Werten bereits zugeflossen sind!

Aus der Vergleichung der bisherigen deutschen Leistungen mit den tatsächlich eingegangenen Verpflichtungen müßten sich für die deutsche Politik eigentlich mit Selbstverständlichkeit Folgerungen ergeben, die aber tatsächlich bis jetzt nicht im entferntesten gezogen werden. Der Hauptleidtragende ist, wie sich gezeigt hat, letzten Endes immer der deutsche Arbeiter und der Mittelstand, derjenige Teil des Volkes, der von einer Senkung der ganzen Lebenshaltung und vom Kaufdruck am stärksten betroffen wird; schon aus einfachsten sozialen Erwägungen wäre daher die immerwährende Geltendmachung unserer letzten Rechte, die unbeurbare Ausschöpfung auch der entferntesten Möglichkeiten geboten. Keine deutsche Politik hat die Berechtigung zu einem Verzicht auf unsere Rechte durch Stillschweigen. Es müßte unerbittlich und immer wieder geltend gemacht werden, daß uns die 1921 zu den Zivilschäden hinzugeschlagenen 80 Milliarden Kriegspensionen nach den ausdrücklichen Abmachungen des Vorfriedens gar nichts angehen; und genau so, wie für die Frage der Kriegsschuld wegen der praktischen Folgerungen ein Schiedsgericht die erste deutsche Forderung sein müßte, so müßte auch wegen der Anrechnung der bisherigen deutschen Leistungen der Anspruch auf Entscheidung durch eine unparteiische Stelle anstelle der bisherigen einseitigen und willkürlichen Festsetzung durch die Gläubiger mit unbeirrbarer Zähigkeit verfochten werden. Denn hier handelt es sich nicht mehr um halbe Milliarden oder einzelne Jahresleistungen, die genommen werden können, hier handelt es sich überall um das Ganze unserer Verpflichtungen, und eine günstige Entscheidung auch nur in einem einzigen dieser verschiedenen Punkte: Kriegsschuld, Verpflichtung hinsichtlich der Pensionslasten, Höhe der wirklichen Zivilschäden, Höhe der bisherigen Anrechnungen, würde die ganze Reparationsfrage von Grund aus aufrollen, gäbe den internationalen Rechtstitel zur Beendigung aller weiteren Zahlungen.

Leider spielt heute bei der deutschen Regierung die Frage des Rechtes, des Umfanges unserer wirklichen Verpflichtungen praktisch keine Rolle; gesagt wird nur — auch von der deutschen Außenpolitik: was kann Deutschland leisten; nie: was muß es leisten, wo ist die Grenze jener Verpflichtungen, welche Rechte hat Deutschland, und welche Rechte haben die anderen, und welche Instanz soll unparteiisch darüber entscheiden? Diese vollständige Verschiebung der Fragestellung zeigt, wie weit wir heute gekommen sind! Indes: Die Handlungsüberlegungen allein können günstigenfalls zu einer „erträglichen" Sklaverei führen, bei der immerhin das nackte Leben noch erhalten bleibt, weil man auch nicht gerade ein völliges Verenden des Arbeitsviehes wünscht; zur Abschüttelung der ganzen Last werden sie niemals führen; nur die Verfolgung des Rechtsanspruchs kann, und wenn der Weg noch so unendlich lang wäre, zu diesem Ziele bringen.

Politik läßt sich nicht machen mit dem Kopf durch die Wand, Politik ist die Kunst des Möglichen, Politik setzt Macht voraus. Aber man scheint auch im neuen Deutschland unter Macht nur Kanonen zu verstehen; man hat vergessen, daß uns viel weniger die Macht feindlicher Kanonen den Krieg gekostet hat als die Macht einer Phraseologie, einer die Welt überschwemmenden Ideenflut, von der schließlich auch Kanonen und Armeen gegen uns herangeführt wurden, die ohne diese Ideologie nie hätten mobil gemacht werden können. Die Welt schwimmt gerade heute so sehr in den Träumen von internationaler Rechtsordnung, Schiedsgerichtsbarkeit und übernationalen Instanzen, daß die deutsche Forderung nach dem bloßen Rechte, nach unparteiischem Gericht, auf die Dauer unmöglich übergangen werden konnte, wenn sie unermüdlich immer neu gestellt würde mit der Zähigkeit und Ueberzeugungskraft verletzten Rechtsempfindens. Es kommt nur darauf an, mit welcher Hartnäckigkeit man solche Forderungen erhebt und immer wieder erhebt, mit welcher Beharrlichkeit des Willens sich zu Gehör zu bringen. Wir haben die suggestive Kraft bloßer Ideologien, die gefährliche Macht unermüdlich wiederholter Ideenpropaganda im Kriege bitter erfahren müssen; wann endlich wird unsere Politik dazu übergehen, im Kampfe für letzte Rechte, für äußerste Daseinsbedingungen die gleiche Waffe einzusetzen, die andere heute noch im Dienst ungeheuerlicher Heuchelei zu bloßen Erpressungszwecken täglich mit Geschick gebrauchen? War es nicht grausamste Realpolitik, was mit dieser Ideenpropaganda gegen uns getrieben wurde? Wäre es nicht fruchtbarste deutsche Realpolitik, mit der Forderung und der Idee des

(Fortsetzung auf Seite 8)

Verfassungsänderung in Oesterreich

Von E. A. v. Klopp - Vogelsang

Mancher Zeitungsleser dürfte sich über die Mitteilung gewundert haben, daß Oesterreich seine Verfassung zu ändern im Begriffe steht. Dabei ist diese Verfassung noch nicht einmal ein Dezennium alt.

Aber wie alles Menschenwerk fehlerhaft und lückenhaft ist, so auch die Verfassung des Kleinstaates Oesterreich. Man kann nur aus der Geschichte Inneröesterreichs heraus verstehen, wie dieses Machwerk der Bundesverfassung das Licht der Welt erblicken konnte. Die historische Entwicklung ließ in jedem einzelnen Kronland, wie sie früher hießen, eine große Selbständigkeit bestehen. Als dann der alte, mächtige Kaiserstaat zerbrach und eine neue Republik entstand, da war mit dem alten Reich auch der österreichische Patrotismus verloren gegangen. Der vaterländische Begriff Oesterreichs wollte nicht wieder erwachen, dafür aber erwachte um so mehr das Zugehörigkeitsgefühl zur engeren Heimat. Der Steirer wurde sich mit Stolz erst recht bewußt, ein Steirer zu sein, ebenso wie der Kärntner in seiner engsten Heimat, dem schönen Kärntnerland, seinen ganzen Patriotismus erschöpfte. Alle aber, die ganzen Alpenländer, empfanden Wien, die Millionenstadt, als einen Wasserkopf an einem kleinen und kränklichen Körper.

Diesem Kleinpatriotismus verdankt Oesterreich seine bisherige Verfassung, in welcher die Stadt Wien durch parteipolitische Kompromisse eine Sonderstellung erhielt.

(Fortsetzung auf Seite 8)